



Bündnis faire Energiewende | c/o Gesamtverband textil + mode e. V. | Reinhardtstraße 14–16 | D-10117 Berlin

22. September 2023

Die aktuelle Lage der energieintensiven mittelständischen Industrie in Deutschland ist dramatisch. Deswegen braucht der industrielle Mittelstand jetzt sehr schnell einen Brückenstrompreis, bis ausreichend bezahlbarer grüner Strom im Markt vorhanden ist.

In Vorbereitung auf die verschiedenen Gespräche zur Ausgestaltung des Brückenstrompreises geben wir Ihnen heute einige Hinweise, die uns aus dem industriellen Mittelstand erreichen.

Wir erleben eine starke Verunsicherung beim industriellen und gewerblichen Mittelstand. Viele Unternehmen stellen sich die Frage, ob ihre Produktion in Deutschland noch zukunftsfähig ist. Die energieintensiven Unternehmen des Mittelstandes müssen im internationalen Wettbewerb genauso wettbewerbsfähig sein wie die energieintensive Grundstoffindustrie. Gleichzeitig muss auch der Mittelstand seine Produktionsprozesse dekarbonisieren, womit er vor den gleichen Herausforderungen wie die sehr großen Unternehmen steht. Der Mittelstand muss dies alles mit deutlich weniger Ressourcen bewältigen. Zudem schaffen es die mittelständischen Unternehmen oftmals nicht, die Kriterien für die Teilnahme an Förderprogrammen zu erfüllen.

Aus dieser Gemengelage heraus darf sich die Ampel-Koalition nicht nur auf die energieintensive Grundstoffindustrie fokussieren, sondern muss den gesamten industriellen Mittelstand in Deutschland mitdenken, denn mit seinen vielen Millionen Beschäftigten ist der Mittelstand das wirtschaftliche Rückgrat des Landes.

Deshalb ist für uns folgende Forderung besonders wichtig:

- Ein Brückenstrompreis für die energieintensive Grundstoffindustrie und den industriellen Mittelstand muss schnellstmöglich eingeführt werden, bis ausreichend bezahlbarer grüner Strom im Markt vorhanden ist.

Diese Empfehlung sollte ohne bürokratische Hürden und prohibitive Auflagen umgesetzt werden. Zudem sollte es keine Begrenzung auf wenige energieintensive Grundstoffhersteller geben, sondern die Politik muss daran interessiert sein, ganze Wertschöpfungsketten in Deutschland zu erhalten.

Der Brückenstrompreis muss solange bestehen bleiben, bis ausreichend bezahlbarer grüner Strom im Markt vorhanden ist. Dazu muss u. a. der Markt für Power Purchase Agreements (PPAs) für grünen Strom auch für den Mittelstand nutzbar gemacht werden.

Zusätzlich, also unabhängig von diesen Maßnahmen, müssen weitere Entlastungen für den industriellen Mittelstand erfolgen, um den Unternehmen Zukunftsperspektiven in Deutschland zu bieten. Dazu sind zu nennen:

- Die Strom- und Energiesteuern müssen auf die europarechtlich zulässigen Mindestsätze abgesenkt werden.
- Die Netzentgelte müssen weitgehend aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.
- Die rein nationale CO₂-Bepreisung muss ausgesetzt werden, bis der europäische Emissionshandel für alle Kleinemittenten eingeführt ist.
- Der Spitzenausgleich bei der Strom- und Energiesteuer muss erhalten werden.

Entscheidet die Politik ausschließlich zugunsten der energieintensiven Grundstoffindustrie und großer Unternehmen, werden im nächsten Jahr viele Wertschöpfungsketten unterbrochen und infolgedessen reißen. Tausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, viele Unternehmen fürchten um ihre Existenz. Wir brauchen von der Politik ein starkes Signal für den Erhalt des industriellen Mittelstandes am Standort Deutschland.

Eine Konzentration des Brückenstrompreises auf wenige große Unternehmen wäre eine grobe politische Fehlentscheidung und würde dem deutschen Mittelstand keine Entlastung bringen. Im Gegenteil würden dadurch diejenigen Unternehmen noch zusätzlich belastet, die ohnehin am meisten unter den aktuellen Energiepreisen leiden.

Für ein Gespräch zu der Gesamthematik stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



RA Max Schumacher
BDG – Bundesverband der Deutschen
Gießerei-Industrie e. V.
Tel.: +49 211 6871-0
info@bdguss.de



RA Christoph René Holler
Bundesverband Keramische
Industrie e. V.
Tel.: +49 9287 808-0
info@keramverband.de




RA Christian Vietmeyer
WSM – Wirtschaftsverband Stahl-
und Metallverarbeitung e. V.
Tel.: +49 211 957868-22
cvietmeyer@wsm-net.de



Dr. Uwe Mazura
Gesamtverband der deutschen
Textil- und Modeindustrie e. V.
Tel.: +49 30 7262 20-0
info@textil-mode.de



Christian Otto
VEA – Bundesverband der
Energie-Abnehmer e. V.
Tel.: +49 511 9848-157
cotto@vea.de



Boris Engelhardt
wdk – Wirtschaftsverband der
deutschen Kautschukindustrie e. V.
Tel.: +49 69 7936-0
info@wdk.de



Sebastian Schiweck
Industrieverband Feuerverzinken e.V.
Tel.: +49 211 690765-11
sebastian.schiweck@feuerverzinken.com



Thomas Kaczmarek
DFFI – Deutsche Feuerfest-
Industrie e. V.
Tel.: +49 2624 9433-115
kaczmarek@dffi.de



Dr. Oliver Möllenstädt
GKV – Gesamtverband
Kunststoffverarbeitende Industrie e. V.
Tel.: +49 30 206167-150
o.moellenstaedt@gkv.de

Die Verbände im „Bündnis faire Energiewende“ vertreten branchenübergreifend mehr als 10 000 deutsche Unternehmen mit ca. einer Million Beschäftigten und etwa 200 Milliarden Euro Jahresumsatz.

Der Querschnittsverband Bundesverband der Energieabnehmer vertritt zudem etwa 4 500 Unternehmen aus allen Branchen.

Das Bündnis faire Energiewende ist unter der Registernummer R001663 im Lobbyregister des Deutschen Bundestages eingetragen.

Warum die mittelständische Industrie faire Energiepreise braucht, erfahren Sie auf [faire-energiewende.de](https://www.faire-energiewende.de)

FAIRE ENERGIEWENDE